

ver.di und SoVD fordern gemeinsam eine verantwortungsvolle Sozialpolitik für Frauen

# Minijobberinnen in Armut und Abhängigkeit

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) warnen vor den sozialen Folgen von Minijobs für Frauen. Anlässlich der 9. Frauen-Alterssicherungskonferenz in Berlin legten SoVD und ver.di als starke Partner gemeinsam fünf Forderungen für eine verantwortungsvolle Sozialpolitik für Frauen vor.

„Minijobs“ oder „450-Euro-Jobs“ sind eine Sonderform abhängiger Erwerbstätigkeit. Sogenannte „geringfügig“ Beschäftigte sind von der Einkommenssteuer und der Sozialversicherung freigestellt. 70 Prozent der Beschäftigten, die zu Niedriglöhnen unter 8,50 Euro arbeiten, sind Frauen. Bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten, im „Minijob pur“, liegt ihr Anteil bei zwei Drittel. 84 Prozent der Frauen

sind verheiratet. Ursprünglich als arbeitsmarktpolitisches Instrument geschaffen, sollten Minijobs für Langzeitarbeitslose und für Frauen nach familienbedingten Erwerbsunterbrechungen eine Brücke in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis sein. Aktuelle Studien belegen hingegen eine schnell einsetzende und lang anhaltende Klebewirkung gerade im „Minijob pur“. „Minijobs sind zuerst ein

Lockmittel und später eine Falle. Sie erzeugen lebenslange Abhängigkeit und führen Frauen auf direktem Weg in die Altersarmut“, warnte die Bundesfrauensprecherin des SoVD, Edda Schliepack, in ihrer Rede vor rund 180 Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmern.

Auch ver.di-Bundesvorstandsmitglied Eva-Maria Welskop-Defaa mahnte: „Minijobs versagen als Brücke in ein reguläres Arbeitsverhältnis und verhindern auf Dauer eine angemessene gesetzliche Rente.“

Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Vorsitzende des SoVD-Arbeitskreises Sozialversicherung, machte anhand transparenter Beispiele das Herunterspielen der Probleme von Minijobberinnen deutlich. Die Probleme seien nicht isoliert, sondern als Teil der Diskriminierung von Frauen in der Gesellschaft zu begreifen.

Aus Sicht der Gewerkschaft und des Sozialverbandes steht die Politik in der Pflicht, ein auf Eigenständigkeit ausgerichtetes Familienleitbild zu entwickeln. Auf dieser Basis sei die Alterssicherung von Frauen künftig besser zu ge-



Fotos (3): Herbert Schlemmer

**Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Vorsitzende des SoVD-Arbeitskreises Sozialversicherung, warnte vor dem Herunterspielen der Probleme von Minijobberinnen. Diese seien nicht isoliert, sondern als Teil der Diskriminierung von Frauen zu begreifen.**

währleisten. Diese Position und Einschätzung wurde in allen drei Beiträgen der Rednerinnen deutlich.

ver.di und SoVD fordern deshalb mehr versicherungspflichtige Beschäftigung, einen gesetzlichen und bundeseinheitlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro sowie die Einführung eines Entgeltgleichheitsgesetzes.

Mit den Bundestagsabgeordneten Christel Humme (SPD), Elkin Deligöz (Die Grünen), Cornelia Möhring (Die Linke) und Norbert Geis (CSU) wurden nach der Mittagspause ver-

schiedene Lösungsansätze zur Eindämmung und Abschaffung von Minijobs diskutiert. Christel Humme bezeichnete diese in ihrem Statement als „die schlimmste Ausprägung der Teilung des Arbeitsmarktes in männlich und weiblich“.

Die Erklärung der 9. Frauen-Alterssicherungskonferenz, die von den Abteilungsleiterinnen Dr. Judith Kerschbaumer, Karin Schwendler (beide ver.di) und Referentin Dr. Simone Real (SoVD) organisiert wurde, steht unter [www.sovd.de/](http://www.sovd.de/) [www.ver.di.de](http://www.ver.di.de) zum Download bereit. veo



**SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack: „Minijobs führen auf direktem Wege in die Altersarmut.“**



**ver.di-Bundesvorstandsmitglied Eva-Maria Welskop-Defaa: „Minijobs verhindern eine angemessene Rente.“**

Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“ ruft zu Großdemonstrationen in Berlin und Bochum auf

# Gegen die wachsende soziale Ungerechtigkeit

Eine Woche vor der Bundestagswahl, am 14. September, ruft das Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“ zu einer Großdemonstration in Bochum und einer Demonstration mit Umfairteilen-Kette in Berlin auf. Auch der SoVD beteiligt sich als einer der 24 Bündnispartner erneut an den Aktionen; u.a. werden Teilnehmer aus dem SoVD-Landesverband Hamburg nach Berlin anreisen.

In zahlreichen bundesweiten Aktionen und in mehr als 80 Städten sind die Aktivisten und Aktivistinnen der 24 bündnisbeteiligten Organisationen seit Jahresbeginn immer wieder auf die Straße gegangen, um gemeinsam ein Zeichen gegen die wachsende soziale Ungleichheit in Deutschland und Europa zu setzen (*wir berichten mehrfach*).

Das Bündnis fordert u. a. eine einmalige Vermögensabgabe sowie eine dauerhafte Vermögenssteuer für reiche Haushalte und ein konsequentes Vorgehen gegen Steuerbetrug und Steueroasen.

In Berlin soll jetzt mit einer Umfairteilen-Kette der gesellschaftliche Reichtum symbolisch umverteilt werden: für Bildung von der Kita bis zur Hochschule, für faire Arbeit

und Löhne in Gesundheit, sozialer Arbeit und Pflege, für bezahlbare Wohnungs-, Energie- und Wasserpreise, für eine angemessene Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Freizeit- und Kultur-einrichtungen. Kurz: Gefordert wird ein Umverteilen für soziale Gerechtigkeit und



**Dieses Logo steht für das Bündnis „Umfairteilen“.**

den Ausbau öffentlicher Infrastruktur. Um 11 Uhr startet die Demonstration am Hackeschen Markt mit Auftaktreden von Andrea Kocsis (ver.di), Friedhelm Hengsbach (christlicher Sozialethiker) und Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer (Sozialverband Deutschland).

Im Ruhrgebiet befinden sich einige der Firmensitze deutscher Milliardäre – in Städten, die heute zu arm und verschuldet sind, um wichtige öffentliche Angebote zu sichern oder gar auszubauen. Auch in Bochum wird deutlich, wie ungerecht der Reichtum in der Gesellschaft verteilt ist: Straßen verkommen, Kultur- und Sporteinrichtungen werden geschlossen, soziale Leistungen gestrichen.

Am 14.9. um 11.30 Uhr startet der Sternmarsch in Bochum



**Am 14.9. finden Demonstrationen in Berlin und Bochum statt.**

mit je einer Auftaktkundgebung in der Massenbergstraße am HBF, am Jahrhunderthaus und vor dem Schauspielhaus. Die Demonstrationzüge, die sich in der Innenstadt begehen, erreichen um 13 Uhr die Abschlusskundgebung am Bergbau-Museum.

Hier werden Frank Bsirske (ver.di), Özlem Alev Demirel

(DIDF), Dr. Ulrich Schneider (Der Paritätische Gesamtverband) und Daniel Kreutz (Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD-Landesverbandes NRW) für das Bündnis sprechen.

Alle begleitenden Veranstaltungen und Aktionen sowie weitere Infos finden Sie unter [www.umfairteilen.de](http://www.umfairteilen.de).